

Jürgen W. Falter, Universität Mainz

„Verfassungspatrioten“ oder „Schönwetterdemokraten“? Demoskopische Befunde 20 Jahre nach der „Friedlichen Revolution“

Vortrag anlässlich des Hambacher Disputs 2009: 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Bundesrepublik: Geburtstag in der Krise. Wie stabil ist unsere Demokratie (Hambacher Schloß, 29.8.2009).

Zu den größten Leistungen der ersten 30 Jahre der alten Bundesrepublik zählt - neben der Eingliederung der 14 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen - die staatsbürgerliche Umerziehung der Deutschen und damit die grundlegende Wandlung der Politischen Kultur von einer bis in die 60er Jahre dominierenden Untertanenkultur zu einer insgesamt gefestigten demokratischen Kultur. Diese kommt dem Ideal der Staatsbürgerkultur mittlerweile in manchen Punkten genauso nahe wie die der USA, Großbritanniens, der Niederlande oder der skandinavischen Länder.

Nach der Wiedervereinigung kam schnell die These von den zwei Gesellschaften in einem Staat auf, von zwei nebeneinander existierenden, klar unterscheidbaren Politischen Kulturen. Ausgehend von der Entwicklung der alten Bundesrepublik von einer Schönwetter- zu einer Art Allwetterdemokratie entstand die Hypothese der Ungleichzeitigkeit: Die

neuen Bundesländer seien heute, etwa zwanzig Jahre nach der Wende, politisch-kulturell in etwa dort, wo Westdeutschland am Ende der 50er Jahre gestanden habe, eben auf dem Stadium einer Schönwetterdemokratie. Daher sei die Politische Kultur Ostdeutschlands noch recht verletzlich, nicht krisenfest, sondern charakterisiert durch hohe Leistungserwartungen gegenüber dem Staat, geringe Partizipationsneigung und niedrige allgemeine Systemloyalität. Es fehle der Vertrauenspuffer, den jede offene Gesellschaft brauche, um auch in schlechten Zeiten "über die Runden zu kommen". Ein solcher Vertrauenspuffer sei notwendig, um eine schnelle Radikalisierung der Wähler zu verhindern und den notwendigen langen Atem zur Überwindung von Systemkrisen zur Verfügung zu stellen.

Diese Überlegungen klingen beim ersten Hören zweifellos plausibel, da in den neuen Bundesländern offensichtlich ein erhebliches Defizit an positiven Erfahrungen mit dem politischen, wirtschaftlichen

und sozialen System der Bundesrepublik bestand und bei vielen nach wie vor besteht; genannt seien an positiven Erfahrungen der Westdeutschen mit dem für sie damals neuen politischen System der Bundesrepublik beispielhaft das Wirtschaftswunder, das leistungsfähige soziale Netz und das trotz aller Kritik im einzelnen insgesamt kompetente politische Führungspersonal. Auch gab es für die Ostdeutschen zu Zeiten der Wende bei weitem nicht so viele und starke negative Erfahrungen wie für die Deutschen insgesamt nach 1945, da der Zusammenbruch der DDR keinesfalls mit so schweren Hypotheken belastet war wie der des 3. Reiches. Zwar handelte es sich auch im Falle der DDR ohne Zweifel um ein Unterdrückungssystem, in den Methoden jedoch agierte sie - zumindest nach dem Mauerbau - subtiler, unter Verzicht auf offenen Terror. Ferner gab es keine Kriege, keine totale Niederlage, insbesondere aber keine Ermordung vieler Millionen Juden, hunderttausender Homosexueller, Roma und Sinti, Millionen russischer und polnischer Kriegsgefangener

und und und ... Mit anderen Worten: Es fehlen zwei wichtige Voraussetzungen der demokratietheoretisch gesehen so positiven Entwicklung der westdeutschen Politischen Kultur: Katharsis, d.h. totaler materieller und moralischer Zusammenbruch, und länger andauernde positive Erfahrungen mit einem anderen System.

Hinter derartigen Überlegungen steckt zum einen die Annahme, man müsse seine eigenen Erfahrungen machen und diese müßten vielfache Verstärkung erfahren; zum anderen verbirgt sich hinter der These von der Ungleichzeitigkeit aber auch eine Generationentheorie ("die alten undemokratischen Holzköpfe müssen erst einmal wegsterben und durch neue, im demokratischen Geiste aufgewachsene Generationen ersetzt werden ...").

Damit wird meines Erachtens die bundesrepublikanische Entwicklung nach 1945 gar nicht so schlecht beschrieben. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es sich bei dieser Entwicklungsfolge wirk-

lich um eine Art Gesetzmäßigkeit handelt, der man unterworfen ist, oder ob man nicht auch aus den Erfahrungen anderer oder anhand von Vorbildern lernen kann. Falls die Ausgangshypothese von der Ungleichzeitigkeit und dem Nachholbedarf Ost stimmt, dann sind erhebliche Ost-West-Differenzen auf den verschiedenen Ebenen der Politischen Kultur zu erwarten.

Wir wollen fragen, ob in den vergangenen zwanzig Jahren schon zusammengewachsen ist, was nach einem Wort Willy Brandts zusammengehört, oder ob sich die vielfach konstatierte Spaltung in den Köpfen nach einer kurzen Phase des Aufeinanderzubewegens sogar eher noch vertieft hat, ob sich – idealtypisch gesprochen - Verfassungspatrioten und Schönwetterdemokraten nach wie vor mehr oder minder verständnislos gegenüberstehen. Im Folgenden soll also schwerpunktmäßig geprüft werden, ob die viel beschworene Mauer in den Köpfen nach wie vor besteht, und falls ja, ob sie sich in den letzten

Jahren vielleicht sogar eher noch verstärkt hat oder ob sie insgesamt geringer geworden ist.

Beginnen wir mit der Frage, inwieweit die Demokratie im vereinigten Deutschland *überhaupt* Unterstützung findet. Wir können dabei zwischen der Unterstützung der Demokratie als Idee oder Prinzip der staatlichen Willensbildung einerseits und der Zufriedenheit mit der konkreten Praxis der Demokratie andererseits unterscheiden. Bei der *Unterstützung der Demokratie als allgemeiner Idee* fallen die Ergebnisse in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich aus. So unterstützen die Bürger der neuen Bundesländer zwar durchaus spezifische demokratische Prinzipien, vor allem solche, die in der ehemaligen DDR gefehlt haben, aber diese werden nicht zwingend als Bestandteile des Ordnungsprinzips Demokratie erkannt. Die Zustimmung zur Idee der Demokratie allgemein ist in den Neuen Bundesländern nach einem leichten Anstieg zur Mitte des vergangenen Jahrzehnts hin wieder leicht zurückgegan-

gen und befindet sich etwa auf dem gleichen Niveau wie zu Zeiten der Wiedervereinigung. Die Bereitschaft der Ostdeutschen, unter Umständen eine Diktatur zu akzeptieren, ist im selben Zeitraum deutlich gewachsen.

Anders sieht es in den alten Bundesländern aus. Hier hat die lange Erfahrung mit der Demokratie eine abstrakte und diffuse Bindung an das Ordnungsmodell Demokratie begründet, was eine relativ stabile Beziehung der westdeutschen Bürger zur Idee der Demokratie garantiert. Im Gegensatz zu Ostdeutschland, das sich diesen Indikatoren zufolge noch stärker auf dem Stand der sprichwörtlichen Schönwetterdemokratie zu befinden scheint, hat sich die alte Bundesrepublik längst zu einer stabilen Allwetterdemokratie entwickeln können.

Was die *Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie* angeht, zeigt sich im Längsschnittvergleich, dass diese sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland einem ständigen Auf und Ab un-

terliegt. Die Demokratiezufriedenheit bewegt sich dabei in Westdeutschland allerdings auf einem deutlich höheren Niveau als in den neuen Bundesländern. Die Westdeutschen sind folglich auch mit der gelebten Praxis der Demokratie häufiger einverstanden als ihre ostdeutschen Landsleute. Grundsätzlich kann man also davon ausgehen, dass auch zwanzig Jahre nach der Wende ein durchgängiger demokratischer Grundkonsens von Ost und West noch nicht existiert und keine Anzeichen für eine baldige Veränderung dieses Zustandes vorliegen.

Dagegen gibt es bei der *Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz* trotz 40 Jahren unterschiedlicher sozialer und politischer Bedingungen keine bedeutsamen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. So ist das Gefühl, man verstehe etwas von Politik und könne als einzelner politisch etwas bewegen, bei alten und neuen Bundesbürgern nahezu identisch.

Das *Gefühl der Bürger, ihre Interessen* würden bei der Entscheidungsfindung von den Politikern *berücksichtigt*, weist zwischen Ost und West geringe Niveauunterschiede auf. Die Westdeutschen sehen die Interessen der Bevölkerung durch die Politiker etwas besser vertreten als die Bürger der neuen Bundesländer. Typischerweise ist dieses Gefühl Schwankungen unterworfen. So steigt es vor Wahlen regelmäßig an, da die Politiker – um wiedergewählt zu werden – in dieser Zeit auch tatsächlich stärker auf die Wählerinteressen eingehen, zumindest verbal. Das grundsätzliche Misstrauen der Bundesbürger gegenüber den politischen Akteuren wurde dadurch in den vergangenen Jahren verständlicherweise nicht substantiell abgebaut. Eine dauerhafte Verbesserung der Beziehung der Bevölkerung zur Politik ist daher nicht festzustellen.

Das Interesse an Politik bewegt sich in Ost- und Westdeutschland auf ähnlich hohem bzw. genauer: relativ niedrigem Niveau. Auch das *Faktenwissen*

über Politik ist im gesamtdeutschen Durchschnitt relativ gering. Hierbei gibt es kaum noch Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. In auffälligem Kontrast zu dem vergleichsweise geringen objektiven Wissen steht das subjektive Gefühl, tatsächlich über solches Wissen zu verfügen. Auch hier trauen sich die Bürger beider Landesteile etwa gleich viel zu.

Was das *Vertrauen der Bundesbürger in die politischen Institutionen* der Bundesrepublik angeht, existieren nach wie vor erhebliche Niveauunterschiede zwischen West und Ost. Insgesamt liegt das Institutionenvertrauen in Westdeutschland immer noch deutlich höher als in Ostdeutschland. Dagegen herrscht bei der Hierarchie des Institutionenvertrauens, also bei der Frage, welchen Institutionen man am meisten und am wenigsten vertraut, weitgehende Übereinstimmung zwischen Ost und West. So wird dem Bundesverfassungsgericht in beiden Landesteilen das meiste Vertrauen entgegengebracht, es fol-

gen die Polizei, die Gerichte, Stadtgemeinden und Verwaltungen, Bundestag und Bundesregierung, erst danach kommen die Parteien. Gleichzeitig unterliegen die Vertrauenswerte diesseits und jenseits der Elbe starken Schwankungen. Sie scheinen eher Stimmungen widerzuspiegeln als festverwurzelte Grundorientierungen.

Hinsichtlich der *Einstellungen der Deutschen zu den Parteien* treten erneut Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen auf. So gibt es im Osten deutlich weniger Personen mit längerfristigen Parteibindungen, die Identifizierung mit einer Partei ist mittlerweile jedoch – falls vorhanden – ähnlich stark ausgeprägt wie im Westen. Die Linke stellt hier keine Ausnahme mehr dar. Zudem wird den Parteien und der Politik im Allgemeinen von allen Bundesbürgern eine relativ schwache Lösungskompetenz für zentrale politische und soziale Probleme zugesprochen.

Angesichts der jahrzehntelangen Teilung erscheinen diese Niveauunterschiede allerdings eher als gering. Sie sind außerdem im Verlaufe der 90er Jahre und zu Beginn des Jahrtausends sogar tendenziell zurückgegangen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die *Einstellungen gegenüber den politischen Herrschaftsträgern, also den Politikern*. Der Anteil derjenigen, die sich durch sie nicht berücksichtigt fühlen, ist in Gesamtdeutschland mit 23 Prozent relativ gering. In der Gesamtbeurteilung der Politikerklasse sind sich die Bürger aus den alten und neuen Bundesländern ähnlich, wenn auch die Ostdeutschen bei näherer Betrachtung eher eine generell größere Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren aufweisen als die westdeutschen Bürger.

Negative Urteile über Politiker im Allgemeinen sind am häufigsten, wenn die Einstellung eines Bürgers auch gegenüber Parteien negativ ist und wenn kein Vertrauen zu Parteien, Bundestag oder Bundes-

regierung herrscht. Außerdem haben die Einstellungen zur Demokratie und zur Politik im allgemeinen einen Einfluss auf die Bewertung der Politiker durch die Bürger. Je schwächer ausgeprägt die Demokratieverbundenheit, desto kritischer auch das Urteil über Politiker.

Werfen wir noch einen Blick auf die *ideologischen Standpunkte* der Deutschen. Hier ist während der letzten 20 Jahre eine teilweise Angleichung von Ost und West bei allerdings weiter bestehenden deutlichen Unterschieden festzustellen. Obwohl es zwischen Ost und West Unterschiede im Verständnis der Begriffe „links“ und „rechts“ gibt, kann man festhalten, dass die Bürger der neuen Bundesländer tendenziell häufiger linke Standpunkte einnehmen als die Westdeutschen. Dies kann angesichts der historischen Entwicklung nicht überraschen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich an den unterschiedlichen Einstellungen in absehbarer Zeit Entscheidendes verändern wird.

Hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen zeigt der Ost-West-Vergleich, dass die ehemaligen DDR-Bürger dem Wert der Demokratie zwar generell positiv gegenüberstehen, aber zugleich den Wert der Gleichheit viel stärker betonen als die Bürger der alten Bundesländer. Daher favorisieren sie auch eher einen interventionistischen Wohlfahrtsstaat alt-schwedischen Musters, der massiv in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreift. In diesem Punkt unterscheiden sie sich deutlich von den westdeutschen Befragten.

Weder in den alten noch in den neuen Bundesländern sind die Bürger allerdings wirtschaftlich sehr unzufrieden. Die eigene ökonomische Lage wird sogar eher positiv bewertet, wobei die Einschätzung im Westen noch deutlich optimistischer ausfällt. Außerdem rechnet sich die Mehrzahl der Befragten in beiden Teilen Deutschlands einer Gruppe zu, die weder benachteiligt noch bevorzugt

wird. Allerdings gibt unter den Ostdeutschen fast ein Drittel an, einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe anzugehören.

Im Bezug auf das Gerechtigkeitsempfinden gibt es zwar eine große Kluft zwischen Ost und West: Ostdeutsche sehen die Gesellschaftsordnung und ihren eigenen Lebensstandard insgesamt noch kritischer als ihre westdeutschen Landsleute. Das aber ist erklärlich. Denn die Gerechtigkeitsbeurteilung verändert sich, wenn sich die soziale Lage (subjektiv) verbessert und wenn die wirtschaftliche Lage als günstiger und die Einflussmöglichkeiten auf die Politik als vorteilhafter eingeschätzt werden. Mit dem oft versprochenen, aber bisher noch nicht überall spürbaren Aufschwung Ost sollten die Ost-West-Differenzen allmählich abgebaut werden. Da die Stabilität der Einstellungen auf individueller Ebene zusätzlich eher gering ausfällt, ist, was das Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft angeht, nicht mit

einer dauerhaften Kluft zwischen Ost und West zu rechnen.

DDR-Nostalgie, die Bindung an Ostdeutschland und Stereotypisierungen zur Abgrenzung und als Zeichen einer eigenen ostdeutschen Identität sind immer noch verbreitete Phänomene in den neuen Bundesländern. Diese Gefühle sind relativ stabil. Anscheinend überdecken zunehmend einzelne positiv bewertete Aspekte des DDR-Regimes (v.a. die völlige soziale Absicherung) die Erinnerung an die negativen Seiten des Sozialismus.

Es stellt sich die Frage: Gibt es analog zur „Ostalgie“ eine „Westalgie“? Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Westdeutschen vieles vor der Wende besser fand. Vor allem im Bereich der sozialen Sicherheit werden Verschlechterungen beklagt. Außerdem gibt es auch auf Seiten der Westdeutschen Stereotypisierungen, die auf eine Identifizierung mit der „alten“ BRD hindeuten. Die Distanz zwischen Ost- und Westdeutschen

ist demnach in den letzten Jahren nicht in dem Maße geringer geworden, wie man sich das erhofft hatte. Es gibt allerdings auch keine bedeutsamen Vertiefung dieser Gräben. Als Ursachen für die Idealisierung der DDR-Vergangenheit können sowohl die Nachwirkungen der DDR-Erziehung als auch situative Faktoren wie die hohe Arbeitslosigkeit im Osten, die stärkere Politikverdrossenheit oder die niedrigeren Löhne im Vergleich zum Westen verantwortlich gemacht werden. Für den Abbau der „Mauer in den Köpfen“ dürfte aber vor allem die Bearbeitung der negativen Transformationsfolgen für Ostdeutschland wichtig sein. Denn solange in den neuen Bundesländern ein gemeinsames Gefühl der Benachteiligung gegenüber dem Westen herrscht, kann von einer inneren Einheit noch keine Rede sein.

Was läßt sich aus diesen vielfältigen Forschungsergebnissen, die nur einen Ausschnitt aus den insgesamt vorliegenden, manchmal recht widersprüchlich klingenden Forschungsergebnissen darstellen

len, ablesen? Unstrittig ist, dass die Neuen Bundesländer aus der Perspektive des Politischen-Kultur-Konzeptes noch nicht auf dem gleichen Stand wie die Alten Bundesländer sind. In einigen Aspekten ist gegenüber dem Zustand Mitte der 90er Jahre sogar ein Auseinanderdriften beider Landesteile zu beobachten. Die Unterschiede sind zwar nicht bedrohlich, auf einigen Gebieten aber durchaus besorgniserregend, etwa hinsichtlich einer stärkeren Bejahung der Diktatur, einer insgesamt größeren Parteienverdrossenheit oder der Ablehnung von Ausländern.

Außerdem sind demokratische Werte in Ostdeutschland weniger tief verankert und die sozialistische Idee findet weiterhin breite Zustimmung. Die Unterschiede zwischen West und Ost sind demzufolge immer noch erheblich. Nur bei den formal hochgebildeten Angehörigen der jüngsten Generation ist eine fast vollständige Annäherung der Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen erkennbar.

Falls sich der Trend in dieser Form fortsetzt, wird sich eine gesamtdeutsche politische Kultur nur sehr langsam, nämlich erst über die Generationenfolge herausbilden. Problematisch erscheint die Tatsache, dass bei der demokratischen Erziehung der jungen Ostdeutschen mit niedrigem Bildungsniveau erhebliche Defizite bestehen, da gerade diese Gruppe eine hohe Gewaltbereitschaft und ausgeprägte Ausländerfeindschaft mitbringt. Hier öffnet sich ein weites Feld für die politische Bildung.

Andererseits ist von der politischen Mentalität her betrachtet die Bevölkerung Ostdeutschlands weiter als es die der alten Bundesrepublik vor nunmehr gut fünfzig Jahren war. Es mischen sich längst Elemente einer unübersehbaren Untertanenkultur mit solchen einer zumindest vom Anspruch her relativ weit entwickelten partizipativen Politischen Kultur. Vom Ideal einer demokratisch unerschütterlichen Staatsbürgerkultur angelsächsischen oder skandinavischen Musters sind die Neuen Bundesländer je-

doch noch relativ weit entfernt. Eine Angleichung an dieses Ideal und damit auch eine weitere, nachhaltige Annäherung von Ost und West ist nur über eine Verbesserung der objektiven Umstände und die unsichtbare Hand der Generationenfolge zu erwarten. Wir müssen hier wohl noch viel Geduld aufbringen.